

Libérale Außenpolitik

Die FDP steht für Weltoffenheit, Toleranz und Leistungsbereitschaft. Das gilt auch und gerade für die Außenpolitik. Wir wollen eine werte- und menschenrechtsorientierte Außenpolitik, die in der Tradition unserer Außenminister Scheel, Genscher und Kinkel für Verlässlichkeit und Berechenbarkeit steht, für die Öffnung der Märkte und den freien und friedlichen Austausch zwischen Völkern und Kulturen in einer weiter zusammenwachsenden Welt. Mit der demographischen Entwicklung der Welt, den neuen geopolitischen Herausforderungen oder der weltweiten Ausbreitung von HIV/AIDS hat liberale Außenpolitik auch neue und bisher unterschätzte globale Probleme im Blick und sucht nach praktikablen Lösungen.

Die transatlantische Partnerschaft Deutschlands mit den USA ist für die FDP tragende Grundkonstante deutscher Außenpolitik seit 1945. Diese tiefe Verbindung, geprägt durch gemeinsame Wurzeln, Werte und Interessen sowie die historische Erfahrung der Nachkriegszeit, bestand unabhängig von den jeweiligen Regierungen.

Die Liberalen werden auf Grundlage ihrer jahrzehntelangen erfolgreichen außenpolitischen Arbeit alles daran setzen, das transatlantische Verhältnis wieder in geordnete, von gegenseitigem Verständnis und Vertrauen geprägte Bahnen zu führen, so dass auch unterschiedliche Auffassungen und divergierende Interessen offen diskutiert werden können, ohne dass die für Deutschland vitalen transatlantischen Beziehungen insgesamt aufs Spiel gesetzt werden. Die Liberalen wollen Vereinten Nationen durch Reformen stärken. Die Unfähigkeit der internationalen Politik, den Irak Krieg zu vermeiden und das Ziel der UN-Resolutionen auf friedlichem Wege zu erreichen, bedeutete einen schweren Rückschlag für die Vereinten Nationen, das transatlantische Verhältnis und die europäische Integration. Für die FDP sind stets die Systeme kooperativer Sicherheit, - die OSZE im europäischen und die Vereinten Nationen im globalen Rahmen - der richtige Ort für die Beilegung internationaler Konflikte.

Die FDP will die Stärkung der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates. Die FDP setzt sich für ei-

nen gemeinsamen europäischen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein und will durch eine deutsche Initiative im laufenden Reformprozess der Vereinten Nationen dafür die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Ein ständiger deutscher Sitz ist nur die zweitbeste Lösung. In diesem Fall muss Deutschland seinen Sitz im Sicherheitsrat treuhänderisch für die EU insgesamt wahrnehmen, bis die Einrichtung eines echten EU-Sitzes realisiert werden kann.

Libérale Europapolitik

Europa braucht mehr Demokratie. Während der Europäische Rat in der Vergangenheit einen Machtzuwachs erfuhr, bleibt dem Europäischen Parlament die Mitentscheidung in einigen wichtigen Fragen immer noch verwehrt. Die FDP will das Europäische Parlament stärken und mit allen klassischen Befugnissen des Legislativorgans, insbesondere dem gesetzgeberischen Initiativrecht und der vollständigen Budgethoheit auf der Ausgabenseite ausstatten. Liberale Europapolitik fordert eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten entweder zur europäischen oder zur nationalen Ebene. Was besser auf der unteren Ebene erledigt werden kann, soll dort gelöst werden. Dort, wo die EU eindeutige Zuständigkeiten hat, müssen die Mitgliedstaaten diese respektieren und einmal getroffene Entscheidungen im Geist der europäischen Einigung umsetzen und mittragen.

Die FDP fordert mutige Schritte zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen ist mehr Einigkeit der Europäischen Union in der Außenpolitik dringend geboten.

Die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Europas erfordert einen gemeinsamen auswärtigen Dienst, der die politische Vertretung der EU nach außen wahrnimmt und die Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Ländern koordiniert, einen Pool ziviler Führungskräfte, die in Krisengebieten zum Wiederaufbau eingesetzt werden können, eine gemeinsame Polizeitruppe zur Stabilisierung in Krisenregionen und langfristig europäische Streitkräfte unter einheitlichem Oberbefehl.

Die EU steht zunächst vor der großen Aufgabe, auch mit 25 Mitgliedern handlungsfähig zu bleiben. Die Erweiterung der EU darf nicht das bisher Erreichte in Frage stellen. Der Beitritt weiterer Staaten wird von der FDP begrüßt, wenn diese sich als beitriffähig erweisen und die EU sich als aufnahmefähig erweist.

Die Türkei darf nicht schlechter, aber auch nicht besser behandelt werden als frühere Beitrittskandidaten. Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Türkei vor einem EU-Beitritt die für alle Kandidaten geltenden Bedingungen erfüllen muß. Die Liberalen erkennen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Fortschritte an, die die Türkei bei der Erfüllung der politischen Kriterien gemacht hat. Die FDP schlägt vor, die mindestens 10 Jahre dauernden Beitrittsverhandlungen durch einen Monitoring-Rat zu begleiten, in dem die Vertreter von Rat, Kommission und Europäischem Parlament sowie der nationalen Parlamente vertreten sind. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen ergebnisoffen geführt werden. Das bedeutet, dass die EU die Türkei nur dann aufnehmen wird, wenn die EU aufnahmefähig ist und die Türkei die Bedingungen vollständig erfüllt.

Die FDP setzt sich für eine individuell auf die heterogenen Anrainer der EU zugeschnittene EU-Nachbarschaftspolitik ein. Die Schaffung eines Raums gemeinsamer Werte auf der Basis freien Handels, wirtschaftlicher Integration und intensiver kultureller Beziehungen kann Frieden, Sicherheit und Stabilität auf die Nachbarschaft der EU ausdehnen.

Entwicklung in Freiheit

Die anhaltende Armut in vielen Teilen der Welt ist ein Skandal, verletzt die Menschenwürde und nimmt Lebenschancen. Um die Armut wirksam bekämpfen zu können, ist die deutsche Entwicklungspolitik neu auszurichten. Die FDP setzt auf Qualität, nicht auf Quantität. Grundlage jeder Entwicklung sind die Freiheit des Einzelnen, die Einhaltung der Menschenrechte, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit. Nur Regierungen, die diesen Anforderungen gerecht werden, haben sollen mit unserer Hilfe rechnen können. Außerdem sollten die knappen Mittel den Ärmsten der Armen vorbehalten sein. Das bedeutet auch, die Unterstützung von China, Indien und anderen Schwellenländern auf der Basis der wirtschaftlichen

Zusammenarbeit neu auszurichten. Schuldenerlasse dürfen nur dort in Betracht kommen, wo die Regierenden vor Ort nachgewiesen haben, daß sie tatsächlich Good Governance praktizieren. Daneben bleiben selbstverständlich Not- und Katastrophenhilfe für Liberale unantastbarer humanitärer Imperativ.

Eine neue Entwicklungspolitik für Afrika muss die Eigenverantwortung afrikanischer Länder und Institutionen unterstützen, Mittel viel gezielter zur Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen einsetzen und insbesondere der Afrikanischen Union helfen, zum effektiven Krisenlösungsmechanismus in Afrika zu werden. Die Bekämpfung von HIV/AIDS hat für die FDP in Afrika absolute Priorität. HIV/AIDS, mit derzeit mehr als 43 Millionen Infizierten, ist eine der größten Bedrohungen der Weltentwicklung.

Libérale Sicherheitspolitik

Darunter verstehen wir werteorientierte Interessenpolitik auf Grundlage der Universalität der Menschenrechte und deren weltweiter Geltung, Akzeptanz und Durchsetzung, sowie der sicherheitspolitischen Ausgangs- und Bedrohungslage. Die Kultur der Zurückhaltung und der Einsatz diplomatischer Möglichkeiten sind und bleiben aller erste Wahl. Militärische Mittel müssen ultima ratio sein, um Menschen zu helfen.

Auf absehbare Zeit sind Deutschland und Europa im konventionellen Bereich nicht mehr der Gefahr eines militärischen Großangriffs ausgesetzt. Dennoch bestehen Sicherheitsrisiken, zu deren Abwehr es weiterhin einer internationalen Kooperation bedarf. Sie erfordern sowohl den Fortbestand der NATO als auch die Stärkung der EU durch eine zunehmende Integration durch gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Den völlig veränderten neuen Bedrohungsszenarien sind die derzeitigen Sicherheitskräfte in Deutschland und Europa nach Struktur, Personal, Ausbildung und Ausrüstung in ihrer Gesamtheit noch nicht gewachsen. Der fließende Übergang von der äußeren zur inneren Bedrohung macht eine Veränderung der Organisation und Führungsstrukturen aller Sicherheitskräfte notwendig. Zur effektiven militärischen

Krisenreaktion und einem überzeugenden Krisenmanagement muss die Bundeswehr umgebaut werden. Die Wehrpflicht als Grundlage der Bundeswehr zur Verteidigung des Bündnisses in Mitteleuropa ist nicht mehr zu halten. Wir brauchen Streitkräfte, die gut ausgebildet, modern ausgerüstet, voll einsatzbereit und schnell verlegbar sind. Das kann nur die Freiwilligenarmee gewährleisten.

Libérale Sicherheitspolitik setzt sich dafür ein, dass die NATO für Europa und die USA unverändert das wichtigste militärische Bündnis bleibt, um unter Wahrung des Völkerrechts angemessen auf die globalen Bedrohungen reagieren zu können. Um eine gleichberechtigte transatlantische Sicherheitspartnerschaft zu erreichen, müssen die in der NATO bereits vorhandenen Strukturen durch Europa genutzt werden können. Die NATO muss dabei das zentrale transatlantische Diskussions-, Entscheidungs- und Handlungsgremium sein und nicht nur ein „Werkzeugkasten“ der USA, aus dem nach Bedarf willige Bündnispartner und Instrumente ausgesucht werden.



FDP Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 133
70197 Stuttgart
Telefon 0711/666 18 -0
Telefax 0711/666 18 12
E-Mail: fdp-bw@fdp.de
Internet: www.fdp-bw.de

Libérale Außenpolitik

-

Libérale Europapolitik

-

Libérale Entwicklungspolitik

-

Libérale Sicherheitspolitik

Die Kraft der Freiheit.

